

Frieden stark machen – Jetzt!

Unsere Erwartungen an die nächste Bundesregierung

Das forumZFD erwartet von einer neuen Bundesregierung ein Umdenken in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Scheitern des zwanzigjährigen Afghanistaneinsatzes erfordert eine offene und ehrliche Aufarbeitung und entsprechende Lehren für Deutschlands Engagement in Krisen und Konflikten. Die Klimakrise und die Corona-Pandemie werden Konflikte verschärfen, sie erfordern von der nächsten Bundesregierung mehr Einsatz für Frieden.

Die Verhandlungen über eine erstmalige rot-grün-gelbe Koalition bieten die Chance für stärkere Ausrichtung der Außen-, Sicherheits-, und Entwicklungspolitik an Frieden, Demokratie und Menschenrechten. Dafür sollten die Verhandlungspartner*innen ihre Versprechen aus den Wahlprogrammen einhalten und – angesichts der drängenden friedenspolitischen Herausforderungen – bestenfalls darüber hinausgehen.

Vor diesem Hintergrund schlägt das forumZFD fünf außenpolitische Prioritäten zur Stärkung ziviler Krisenprävention und Friedensförderung für einen rot-grün-gelben Koalitionsvertrag vor:

1. „Wir werden die zivile Krisenprävention stärken und die entsprechenden Instrumente und Programme wie den Zivilen Friedensdienst deutlich und planvoll ausbauen.“

Begründung: Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Fachkräfte des ZFD unterstützen aktuell in 45 Ländern Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Der Zivile Friedensdienst wird von der Bundesregierung derzeit mit 55 Millionen Euro im Jahr gefördert. Mit einem planvollen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes mit 10 Millionen Euro mehr pro Jahr kann der ZFD auf die zunehmenden Konflikte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der Klimakrise reagieren und zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen zur Seite stehen, die vielerorts mehr unter Druck geraten.

2. „Wir werden dafür eintreten, weltweit die Rüstungsetats um 10% zu senken, damit in allen Staaten mehr Mittel für Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung stehen und diese Vorgabe im Laufe der Legislaturperiode für die deutschen Verteidigungsausgaben erreichen.“

Begründung: Im ersten Jahr der Corona-Pandemie stiegen die Militärausgaben 2,6 Prozent (Stockholm International Peace Research Institute – SIPRI), während zugleich die finanziellen Beiträge der Staatengemeinschaft zur Bekämpfung von Hunger und Armut zurückgingen. Der wiederholte Appell des UN-Generalsekretärs für einen globalen Waffenstillstand angesichts der Pandemie verhallte weitgehend ungehört. Auch die nächste Bundesregierung muss finanzielle Prioritäten setzen und entscheiden, ob sie in Gesundheit, die Bewältigung der Klimakrise und Armutsbekämpfung oder in Verteidigung investiert.

3. „Wir werden eine umfassende und schonungslose Aufarbeitung des zwanzigjährigen Afghanistaneinsatzes durchführen und entsprechende Lehren für die Neuausrichtung deutschen Engagements in Krisen und Konflikten ziehen. Dazu werden wir eine unabhängige Evaluierung des militärischen und zivilen Engagements beauftragen.“

Begründung: Das weitgehende Scheitern in Afghanistan stelle Grundannahmen und Praktiken dieser, aber auch anderer Interventionen in Frage bilanzieren die führenden Friedensforschungsinstitute in einer Stellungnahme zum Ende des Afghanistaneinsatzes und empfehlen der neuen Bundesregierung und dem Bundestag eine umfassende Aufarbeitung, unter anderem mit einer unabhängigen Kommission zur Zukunft deutscher Friedensmissionen.

4. „Wir werden restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz auf den Weg bringen, das Lieferungen an Drittstaaten ausschließt und Exporte streng kontrolliert.“

Begründung: Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 stiegen die deutschen Rüstungsexporte sogar deutlich gegenüber dem Vergleichszeitraum seit 2011 an (Quelle: SIPRI). Obwohl die Bundesregierung angekündigt hatte, Exporte in Drittstaaten (also weder in EU-, NATO- noch diesen gleichgestellte Länder) drastisch zu reduzieren, lag deren Anteil am Wert aller genehmigter Rüstungsexporte in den letzten Jahren fast immer über 50 Prozent. Die aktuelle rechtliche Grundlage für die Kontrolle deutscher Rüstungsexporte ist lückenhaft, eine parlamentarische und öffentliche Kontrolle ist kaum möglich. Um zu verhindern, dass deutsche Waffen weiterhin in menschenrechtsverletzende Staaten oder in Kriegs- und Krisengebiete gelangen, sind neue, verbindliche gesetzliche Regelungen nötig.

5. „Wir werden dem Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen beitreten und den Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 umsetzen, die in Deutschland stationierten Atomwaffen abziehen.“

Begründung: Am 26. März 2010 stimmte der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit einem Antrag der Fraktionen von CDU / CSU, SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen zu, in dem es heißt: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich auch bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“. Dieser Beschluss wurde bis heute nicht umgesetzt. Ebenso hat Deutschland bislang den Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen nicht unterzeichnet, der am 22. Januar 2021 in Kraft trat.